Urtheile konnten gegen den mächtigen Gegner nicht vollzogen werden. Erst die Revolution rächte das Unrecht. Merkwürdig bleibt es immerhin, dass zu einer Zeit, welche man als den Niedergang der Feudalität zu bezeichnen pflegt, dieselbe in Agen noch einen so kräftigen Aufschwung nehmen konnte. In einem Anhang werden eine Reihe von Urkunden mitgetheilt, welche sich entweder auf die Abgrenzung des Gebietes von Agen beziehen oder auf die Streitigkeiten der Grundeigenthümer gegen die Barone, namentlich diejenige von 1614, worin die Bewohner der Stadt eine allgemeine Lehensanerkennung aussprechen. Auf Anregung Georges Picots wurde 1876 ein ministerielles Circular erlassen, worin zur Aufsuchung und Sammlung von Documenten aufgefordert wird, welche sich auf die *Etats généraux* beziehen. Eine Wirkung derselben ist das zweite der obengenannten Werke des Archivars von Agen. Es enthält die Beschwerden und Begehren des Tiers *État* von Agen an die *Etats généraux* und die Instructionen, welche den Abgeordneten ertheilt wurden. Einzelne werden ohne Commentar abgedruckt, andere dagegen mit ausführlichen Noten versehen, aus welchen sich der Leser ein genaues Bild der Zustände und Missstände entwerfen kann, welche in diesem Theile Frankreichs bis vor 100 Jahren herrschten.

König.

Pouffin, Henry. *Essay sur l'organisation et la Juridiction municipales au moyen age*. Paris. Thorin. 1886. 8°. 298.

Der Verfasser will die Gründe aufsuchen, wesshalb seit dem Ende des 13. Jahrhunderts in Frankreich die Communalbewegung immer schwächer wurde, um sich am Ende ganz zu verlieren, und er findet dieselben namentlich in den zahlreichen Conflicten über den Umfang der Competenzen und ihre ungenaue Abgrenzung gegenüber dem Königthum und den Lehensherren. Diese Unsicherheit, verbunden mit den Verschiedenheiten der Stadtrechte, das fortdauernde Uebelwollen der geistlichen und weltlichen Herren und die königliche Gerichtsbarkeit, welche die kleinsten Misshelligkeiten benutzte, um sich einzumischen, bildeten häufige Anlässe zu Conflicten, und da unter den Gemeinden kein Zusammenhang herrschte und auch eine feste Jurisprudenz sich nicht zu bilden vermochte, so musste der Sieg dem Stärkeren und Geduldigeren verbleiben, wobei schliesslich die Früchte dem Königthum in den Schoss fielen. Bevor der Verfasser auf eine Schilderung dieser Conflicte und der Rolle, welche sie in der Geschichte des Gemeindegewesens spielen, eingeht, giebt er eine gedrängte, geschichtliche Darstellung der communalen Bewegung selbst und ihrer Resultate. Die Abhandlung zerfällt daher in zwei Haupttheile, von denen der erste folgende Gegenstände behandelt: 1) *Des sources du mouvement communal*; 2) *Révolution communale*; *La politique des Capétiens, de la*

Féodalité et de l'Église; 3) L'administration municipale, la décadence des communes et ses causes. Der zweite Haupttheil behandelt dagegen folgende Gegenstände: 1) La justice municipale; 2) les conflits de juridiction et leur causes; 3) Etudes de quelques conflits de juridiction. Der Verfasser berührt gleich anfangs die seit Dubos so lebhaft besprochene Frage der Fortdauer der römischen Municipalverfassung in Frankreich während des Mittelalters, ohne jedoch genauer auf dieselbe einzugehen, da seine Untersuchungen sich auf Gegenden Frankreichs beschränken, wo der germanische Ursprung der Gemeindeverfassung noch viel deutlicher und unzweifelhafter hervortritt als im Süden. In Flandern, der Picardie und dem capetingischen Gebiete finden sich beinahe keine Spuren römischer Nachwirkung bei Gründung der Gemeinden des XII. Jahrhunderts, ebensowenig in der Charte von Beaumont und denjenigen Städten, welche ihre Verfassungen derselben nachgebildet haben. Dagegen wird nicht in Abrede gestellt, dass in den alten bischöflichen Städten dem römischen Elemente noch eine gewisse Bedeutung zugeschrieben werden könne, obgleich auch dort weniger die Sachen als die Ausdrücke römischen Ursprungs sind. Die germanischen Einflüsse lassen sich namentlich zurückführen auf die Gilde, die Markgenossenschaft, das Schöffenthum und die carolingischen Institutionen. Mit Bezug auf den Ursprung des Gildenwesens theilt P. die verschiedenen Ansichten mit und spricht sich schliesslich für die gewiss richtige Ansicht aus, es seien alte Formen für die neuen Bedürfnisse zur Verwendung gekommen. Als Schutzgilden, Gewerbsgilden und Kaufmannsgilden übten sie einen sehr erheblichen Einfluss auf die Bildung und Entwicklung der Gemeindeverfassung aus. Mit Luchaire stimmt P. insofern nicht überein, als der erstere nur die corporation marchande et industrielle als *élément régénérateur par excellence* anerkennt, den Einfluss der *gilde religieuse et sociale* dagegen bestreitet, was nach P. mit Unrecht geschieht, wofür zahlreiche Beweise beigebracht werden. Was für die städtischen Gemeindewesen die Gilde, war für die ländlichen im XII. Jahrhundert die „*communauté rurale*“, deren Ursprung auf die deutsche Markgenossenschaft zurückgeführt wird. Eingehend behandelt werden von P. die sog. Colonges oder Dinghöfe in den Vogesen, ihre Entstehung und ihre Organisation. Ein ferneres für die Ausbildung des Gemeindewesens wichtiges Moment findet P. in den carolingischen Institutionen, von welchen er namentlich dem Schöffenthum eine grössere Bedeutung zuschreibt, als in Frankreich angenommen zu werden pflegt; die Umwandlung des „*scabinat carolingien*“ in den späteren „*échévinage*“ wird in ihren eigenthümlichen Phasen in einer Reihe von Fällen nachgewiesen. Sehr bestimmt tritt P. der Ansicht entgegen, als habe die communale Bewegung des XII. und XIII. Jahrhunderts einen kirchlichen Charakter gehabt und als habe durch dieselbe ein Gegengewicht gegen die Feudalität geschaffen werden sollen; im Gegentheil sei die Kirche derselben eher feindlich entgegengetreten. Weit entfernt, den Ursprung der Bewegung in einem revolutionären Anstoss zu finden, macht P. vielmehr darauf aufmerksam,

dass es langsam aber stets tiefer wirkende Ursachen sind, welche zur Entscheidung und Umwandlung drängen und trotz revolutionären Anscheines die Gegenwart mit der Vergangenheit verknüpfen. Die Bewegungen des XII. Jahrhunderts und die zahlreich verlangten und erlangten chartes sind nur eine Folge früher eingetretener socialer und politischer Veränderungen; es war nicht die physische Freiheit allein, welche von den Städten des nördlichen und östlichen Frankreichs begehrt wurde, sondern die Unabhängigkeit von den feudalen Grundherren. Hieran schliesst sich eine Darlegung der geographischen Vertheilung der verschiedenen ländlichen und städtischen Gemeindeverfassungen in diesen Gegenden Frankreichs und eine Schilderung der Stellung, welche Königthum, Kirche und Feudalherren ihnen gegenüber einnahmen. Das Königthum verfolgte ihnen gegenüber keine consequente und durchgreifende Politik und bei Verleihung von Freiheitsbriefen keine allgemeinen politischen Zwecke, sondern handelte nach den Umständen und mit Rücksicht auf individuelle, unmittelbare Wirkungen, wofür zahlreiche Belege beigebracht werden. Consequenter aber feindlich war die Haltung, welche die Kirche gegenüber den aufstrebenden Gemeinden einnahm, wesshalb auf diesem Boden die Conflicte am häufigsten ausbrachen und am längsten dauerten. Günstiger gestaltete sich im allgemeinen das Verhältniss zu den allodialen Grundherren; dieselben liessen sich ihre Verbindungen bezahlen und bedienten sich der Gemeinden gegen die Bischöfe und den Clerus, allein jeder that, was ihm gut und zweckmässig erschien, ohne gemeinschaftlichen Plan und ohne Zusammenhang mit seinen Standesgenossen. Der letzte Abschnitt hat die Gemeindeverwaltung und die Ursachen des Verfalles zum Gegenstand. Ist die erstere überall verschieden, so sind dagegen die letzteren überall die nämlichen. In den Städten sind es namentlich finanzielle Verlegenheiten, Ueberschuldung, Entstehung privilegirter Familien und Corporationen, die der Aemter sich bemächtigten und die gemeine Sache als die ihrige behandelten, damit verbunden Ausschliesslichkeit in der Wahl der städtischen Beamten und Zurücksetzung der unteren Classen. Dass diese Ursachen nicht nur in Frankreich, sondern überall die nämlichen Wirkungen erzeugten, beweist auch Hegel, Städteverfassung II, 396 f.

Der zweite Theil des Buches handelt von der Gerichtsbarkeit. Die ungenaue und unbestimmte Ausscheidung der Befugnisse, die grosse Verschiedenheit der Freiheitsbriefe, das Uebelwollen der geistlichen und weltlichen Herren und die königliche Gerichtsbarkeit, welche jeden Anlass, jede Gelegenheit und jeden Zwiespalt benutzte, um sich einzumischen, waren reichlich fließende Quellen für Conflicte aller Art. Da zudem unter den Gemeinden kein Zusammenhang herrschte und ein festes Recht sich nicht zu bilden vermochte, so musste der Sieg schliesslich dem Stärkeren und Ausdauernderen verbleiben, und die Früchte fielen dem Königthum in den Schooss. In der Geschichte der Städtefreiheit spielen daher diese Conflicte eine grosse Rolle. Zum besseren Verständniss schildert daher P. zuerst die municipale Gerichts-

barkeit, ihren Charakter und Umfang in den verschiedenen Gemeinwesen; die Ausnahmen zu Gunsten der geistlichen und herrschaftlichen Gerichtsbarkeit, das Asylrecht und die Immunitäten mit ihren Wirkungen; sodann den Gerichtsstand der Einheimischen und Fremden, die Form in Civil- und in Strafsachen und endlich die Processe, in welchen die Städte selbst Partei waren, ihre Vertretung und das Beweisverfahren. Das folgende Capitel hat die Kompetenzconflicte und ihre Ursachen zum Gegenstand und es werden dieselben an der Hand zahlreicher Beispiele erörtert. Bald sind es Einmischungen königlicher oder herrschaftlicher Beamter in die Gerichtsbarkeit der Gemeinden, bald in den Freiheitsbriefen vorbehaltene Rechte, bald Streitigkeiten, welche in dem persönlichen, privilegierten, Gerichtsstand einer Person ihren Grund haben, oder Weiterziehungen an königliche Gerichte. Im letzten Capitel endlich werden einige concrete Fälle eingehend an der Hand des urkundlichen Beweismaterials erörtert. Beigegeben ist ein vollständiges Verzeichniss der auf den behandelten Gegenstand bezüglichen Litteratur.

König.

Beaudouin, Edouard. La Participation des hommes libres au jugement dans le droit franc. Paris. Larose et Forcel. 1888. 8°. 292.

Diese Monographie erschien zuerst in der Nouvelle Revue de droit français et étranger und sodann als besondere Schrift. Gegenstand derselben ist die Untersuchung der Frage, von wem die Urtheile ausgefällt wurden von der Invasion der Franken bis zur Bildung des Feudalstaates in Frankreich, namentlich ob und inwiefern Personen an der Urtheilsfällung theilgenommen haben, welche nicht königliche Beamte waren. B. behandelt zuerst die Urzeit der Germanen und die Gerichtsorganisation der lex salica, sodann diejenige des fränkischen Reiches unter den Merowingern und Carolingern. Aus den dürftigen Notizen bei Caesar und Tacitus über die älteste Gerichtsorganisation der Deutschen lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen, ob der princeps seine Urtheile unter Mitwirkung der Freien oder ohne eine solche ausgesprochen habe. Sicherern Boden finden wir nach Einführung der lex salica, welche B. in die Zeit von 486—496 setzt, nicht in den Anfang des VI. Jahrhunderts (496—511) wie Brunner, oder in die Zeit Gregors von Tours wie Fustel de Coulanges. Als die älteste Redaction betrachtet er diejenige in 65 Titeln und lehnt es daher ab, spätere Documente zu benutzen, um den ursprünglichen Inhalt der Gerichtsorganisation festzustellen, wie dies irrtümlich von anderen geschehen sei. So habe man aus dem Umstande, dass in der merowingischen und carolingischen Zeit das Gericht immer von einem königlichen oder gräflichen Beamten zusammenberufen und präsidirt worden sei, geschlossen, es sei dies auch das Recht der lex salica gewesen, während doch zu dieser Zeit